

Sehr geehrte OB, wenn Sie mich diesmal nicht unterbrechen, werde ich die 5- min-Vorgabe auch einhalten können, sehr geehrte Zuhörer,

Ich wurde von Bürgern dieser Stadt in den Gemeinderat gewählt, um ihnen in der Kommunalpolitik eine Stimme zu geben. Ein wichtiger Punkt hierbei ist die Verwendung der Steuergelder, sprich der Haushalt.

Wir - Aufbruch Bruchsal – sehen, dass die Sozialleistungen immer mehr abgebaut werden, dazu gehört an prominenter Stelle die mangelhafte finanzielle Ausstattung der Bruchsaler Wohnbau, verantwortlich für den sozialen Wohnungsbau, ich komme noch darauf zu sprechen.

Gleichzeitig wird bspw. die Stadtverwaltung immer weiter aufgebläht, so auch dieses Mal.

Auch für in ihrem Nutzen für die Allgemeinheit fragwürdige Projekte wie der Efeu GmbH sitzt das Steuergeld locker.

In der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit kann ich nur schlaglichtartig wenige Punkte herausgreifen:

„Bruchsal wächst“ heißt das Lieblingsmotto der OB, und so wird gebaut, was das Zeug hält. Aber unsere Straßen wachsen doch nicht mit, und auch unser zukünftiger chinesischer Verkehrsplaner kann sie nicht aufblasen. So quält sich morgens und abends eine immer größer werdende Verkehrslawine durch die Straßen unserer Stadt, im Stop-and-Go-Modus, und bläst schön viel CO<sub>2</sub> in unsere Luft. Auch außerhalb dieser chaotischen Verkehrsverhältnisse morgens und abends soll nun Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen kommen, statt den Verkehr zügig durchzuleiten.

Wie ist das eigentlich mit dem von Ihnen, Frau OB, anvisierten Ziel der sogenannten CO<sub>2</sub>-Neutralität zu vereinbaren? - Natürlich nicht. Mehr Menschen, mehr CO<sub>2</sub>, dieser einfache Zusammenhang leuchtet schon einem Kind ein.

Leider kommt bei dieser enormen Bautätigkeit der dringend benötigte soziale Wohnungsbau viel zu kurz. Selbst beim neuesten Projekt der Wohnbau, nämlich auf dem Gelände der alten Siemenssiedlung, sind nur 36% der neu gebauten Wohnungen als sozialer Wohnraum vorgesehen. Grund: die Wohnbau GmbH hat zu wenig Geld; wir werden darauf in einem späteren Tagungspunkt zurückkommen.

Der nächste Punkt, den ich herausgreifen will, sind die Mehreinnahmen von 1,1 Mill EUR durch Bußgelder. Den Bürgern wird immer tiefer in den geschrumpften Geldbeutel gegriffen. Ein besonders schreiendes Beispiel erleben wir – Aufbruch Bruchsal – gerade selbst. Der Versammlungsleiter unserer letzten Corona-Kundgebung am 17.7. erhielt einen Bußgeldbescheid von 378 EUR, er habe angeblich nicht ausreichend auf die Abstandsregelungen hingewiesen. Abgesehen davon, dass das nicht der Wahrheit entspricht, zeigt es die ganze Absurdität etlicher Coronaregeln: die Veranstaltung fand mitten im Sommer statt, am 17. Juli, die Inzidenzen waren im Keller, wir befanden uns draußen im Freien, es gab mäßig viele Besucher auf dem großen Rathausplatz.

Und es zeigt ein obszönes Messen mit zweierlei Maß:

Am 30.9. z. B. bewarb die Stadt Bruchsal einen verkaufsoffenen Samstag mit Ständen und Attraktionen – die Fotos zeigten dichte Menschenmengen in der Innenstadt – ohne Abstände und ohne Maske.

Ich könnte Ihnen eine ganze Liste weiterer solcher von der Stadt beworbenen Veranstaltungen im Herbst bis in den Oktober herein nennen - mit Datum und Fotos.

Bürgerfreundlich und sozialverträglich ist diese Politik nicht.

Aufbruch Bruchsal lehnt diesen Haushaltsplan ab.